

Schnellinfo 10/2013, 23.09.2013

Inhalt

In eigener Sache

- Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 09.11.2013
- Treffen der Arbeitsgruppe UMF
- Workshop Öffentlichkeitsarbeit
- Einladung zu Antirassismusworkshops
- Gründung einer AG „Familiennachzug Syrien“
- Flüchtlingsrat NRW kritisiert Syrien-Aufnahmepläne des Landes als unzureichend
- Flüchtlingsrat NRW fordert menschenwürdige Unterbringung für Flüchtlinge in Heiligenhaus
- Offene Grenzen für syrische Flüchtlinge
- Gutscheinsystem für Folgeantragstellerinnen in Duisburg

Alpha OWL

- Neue Regelungen zum Arbeitsmarktzugang für Familienangehörige und Asylsuchende

Aus aktuellem Anlass

- Laienschauspielerinnen für Theaterstück gesucht

Aus den Initiativen

- Neue Broschüre zur Ausstellung von Save Me Aachen

Syrien-Konflikt

- Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge steigt weiter an
- Erste syrische Flüchtlinge in Hannover angekommen
- Österreich nimmt 500 syrische Flüchtlinge auf
- Schweden gewährt allen syrischen Flüchtlingen Asyl

Europa

- Europäischer Gerichtshof soll über Asylrecht für US-Deserteur entscheiden

Deutschland

- Bayerischer Flüchtlingsrat kritisiert Polizeigewalt
- PRO ASYL fordert Abschaffung von Arbeitsverboten

Nordrhein-Westfalen

- Keine Flüchtlingsaufnahme in Wickede
- Notunterkunft in Burbach
- Sammelabschiebungen im September und November
- Demonstration von "pro Deutschland" in Duisburg-Bergheim
- Mehr Teilhabe für junge Flüchtlinge

Aktuelle Rechtsprechung und Erlasse

- BVG zur Manipulation der Fingerkuppen
- LG München zu Abschiebehaft bei Zweifeln über Volljährigkeit

Zahlen und Statistik

- 9.502 Asylbeanträge im August 2013

Materialien

- Hinweise für tschetschenische Flüchtlinge
- „Lesehilfe“ für Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz
- UNHCR zur Sicherheitslage in Afghanistan

Termine

In eigener Sache

Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 09.11.2013

Datum: Samstag, 9. November 2013 von 11.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Wittener Straße 201, 44803 Bochum

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen, wir möchten Sie/ Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Die Tagesordnung mit den Programmpunkten finden Sie in Kürze auf unserer Website.

Mit herzlichen Grüßen

Klaudia Dolk, Heinz Drucks, Kirsten Eichler, Ali Ismailovski, Ingo Pickel, Frank Thomas Wortmann
(Vorstand des Flüchtlingsrats NRW)

Treffen der Arbeitsgruppe UMF

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe unbegleitete minderjährige Flüchtlinge findet am 09.11.2013 im Anschluss an die Mitgliederversammlung in den Räumlichkeiten des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Straße 201, in Bochum-Altenbochum statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

die an einer Teilnahme interessiert sind, darum bitten, sich möglichst bald unter der E-Mail-Adresse [initiativen\(at\)frrnw.de](mailto:initiativen(at)frrnw.de) anzumelden. Gerne kann diese Terminankündigung auch an andere in der Flüchtlingsarbeit engagierte Gruppen und Einzelpersonen weitergeleitet werden.

Workshop Öffentlichkeitsarbeit für Flüchtlingsinitiativen

Am 16. Oktober bietet der Flüchtlingsrat NRW in Bochum zwei kostenlose Seminare zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit im Flüchtlings- und Menschenrechtsbereich“ an. Dafür haben wir einen Referenten eingeladen, der als PR-Berater regelmäßig NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Bei dem Workshop wird es vor allem um Aktions- und Kommunikationsformen gehen, die es erlauben, mit geringen finanziellen und personellen Mitteln eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Die inhaltsgleichen Workshops finden von 08.30 -12.30 Uhr und von 13.15 -17.15 Uhr im Kulturzentrum Bahnhof-Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum, statt. In beiden Seminaren sind noch Restplätze frei. Wir möchten alle,

Einladung zu Antirassismus- und Empowermentworkshops

Der Flüchtlingsrat NRW bietet im Oktober und November in seiner Geschäftsstelle zwei Antirassismus-Workshops an, zu denen alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Der erste Workshop findet am 19. und 20. Oktober statt und soll dazu dienen, sich selbstkritisch sowohl mit offenen als auch mit versteckten Rassismen auseinanderzusetzen. Der zweite Workshop findet am 16. und 17. November statt und richtet sich an Menschen, die sich selbst negativ von Rassismus betroffen fühlen. Hier soll die Möglichkeit bestehen, sich solidarisch auszutauschen, Strategien im Umgang mit Rassismus zu finden und die eigene Autonomie zu stärken. Die Teilnahme ist Dank der finanziellen Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Amadeu-Antonio-Stiftung und der Doris-Wuppermann-Stiftung kostenlos. Die Zahl der Teilnehmerinnen ist jedoch auf 20 Personen pro

Workshop begrenzt. Anmelden können Sie sich per E-Mail unter der Adresse netzwerke@fmrnw.de

Gründung einer AG „Familiennachzug Syrien“

Für den 10.10.2013 lädt der Flüchtlingsrat NRW zum Gründungstreffen einer Arbeitsgruppe nach Bochum ein, die sich mit dem Thema Familiennachzug von Syrerinnen beschäftigt. Anlass für die Gründung ist die faktische Unmöglichkeit für viele in Deutschland lebende Syrerinnen, ihre Familienangehörigen aus Syrien und den Nachbarländern nach Deutschland zu holen, da die formalen Voraussetzungen nur von den wenigsten erfüllt werden können. Ziel der AG ist es daher, Betroffenen ein Sprachrohr zu bieten und sie dabei zu unterstützen, politische Forderungen in Richtung der Landesregierung zu formulieren. Interessierte werden gebeten, sich bis zum 30.09.2013 unter der E-Mail-Adresse info@fmrnw.de oder der Telefonnummer 0234-58731560 für die Teilnahme an der AG anzumelden.

Flüchtlingsrat NRW kritisiert Syrien-Aufnahmepläne des Landes als unzureichend

Das Land Nordrhein-Westfalen will zusätzlich zu dem von der Bundesregierung beschlossenen Kontingent von 5000 Schutzbedürftigen mit einer eigenen Aufnahmeanordnung 1000 weiteren syrischen Flüchtlingen den Aufenthalt in NRW ermöglichen. Das erklärte das Ministerium für Inneres und Kommunales in einer Pressemitteilung vom 02.09.2013. Dies sei „angesichts der eskalierenden Situation ein Gebot der Menschlichkeit“, so Innenminister Ralf Jäger. Von der Regelung können syrische Flüchtlinge profitieren, die Angehörige ersten oder zweiten Grades in NRW haben. Ähnliche Regelungen existieren bereits in Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in anderen Bundesländern sind sie ebenfalls geplant.

Der Flüchtlingsrat NRW begrüßte in seiner Pressemitteilung vom 09.09.2013 die Aufnahmeanordnung, kritisierte aber, dass die Anzahl der aufzunehmenden Personen nach den Plänen des Innenministeriums auf 1000 begrenzt werden soll. In anderen Bundesländern bestehe eine solche Limitierung nicht. Zudem seien die Bedingungen, unter denen eine Familienzusammenführung möglich ist, sehr restriktiv gefasst. Die hier lebenden Angehörigen

müssten sich dazu verpflichten, für den Unterhalt, die Krankenversicherung und den Wohnraum der Flüchtlinge aufzukommen. Dies stelle für die Betroffenen oft eine unüberwindbare Hürde dar. Claudius Voigt von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender aus Münster (GGUA) hat aktuelle Informationen zu der erforderlichen Verpflichtungserklärung und zur Krankenversicherung zusammengefasst. Das Dokument kann auf der Website der GGUA heruntergeladen werden.

Ministerium für Inneres und Kommunales: NRW nimmt mehr syrische Flüchtlinge auf als bisher vorgesehen (02.09.2013)

Flüchtlingsrat NRW: Aufnahmeanordnung für syrische Flüchtlinge unzureichend (09.09.2013)

Claudius Voigt: Aufnahme syrischer Familienangehöriger – Verpflichtungserklärung und Krankenversicherung (12.09.2013, PDF, 0,3MB)

Flüchtlingsrat NRW fordert menschenwürdige Unterbringung für Flüchtlinge in Heiligenhaus

In seiner Pressemitteilung vom 10.09.2013 hat der Flüchtlingsrat NRW die Stadt Heiligenhaus dazu aufgefordert, endlich eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen zu gewährleisten. Wegen statischer Probleme mussten am 15.07.2013 über 60 Flüchtlinge die Gemeinschaftsunterkunft an der Friedhofsallee in Heiligenhaus verlassen. Erst vier Tage zuvor waren sie durch Handzettel über den bevorstehenden Umzug informiert worden. Übergangsweise werden die Bewohner derzeit in einer ehemaligen Schule untergebracht. Die einsturzgefährdete Containeranlage soll abgerissen werden, an derselben Stelle will die Stadt nach Berichten des Nachrichtenportals Der Westen vom 31.07.2013 eine neue Unterkunft in Festbauweise errichten und bei Bedarf zusätzliche Wohncontainer aufstellen lassen. Der Flüchtlingsrat NRW kritisiert dieses Vorhaben, da der abgelegene Standort zu einer Isolation der Flüchtlinge führe. Auch die Pläne, im Bedarfsfall neue Container auf dem Gelände aufzustellen, sind aus Sicht des Flüchtlingsrats NRW nicht tragbar.

Flüchtlingsrat NRW: Endlich menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen gewährleisten! (10.09.2013)

Offene Grenzen für syrische Flüchtlinge

Anlässlich der Ankunft von 107 syrischen Flüchtlingen in Hannover haben PRO ASYL und der Flüchtlingsrat NRW am 11.09.2013 in einer gemeinsamen Presseerklärung gefordert, Menschen aus dem Bürgerkriegsland die Einreise in die Bundesrepublik zu erleichtern. Die Bundesregierung müsse selbst die Initiative für ein wirklich großzügiges EU-Aufnahmeprogramm ergreifen, um Menschen aktiv aus der Region zu holen. Hier lebende Angehörige von Flüchtlingen sollten die Möglichkeit haben, ihre Verwandten nach Deutschland zu holen. Zudem müssten Asylsuchende aus Syrien ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten, so die Flüchtlingsorganisationen.

Flüchtlingsrat NRW: PRO ASYL und FRNRW fordern Öffnung der Grenzen für syrische Flüchtlinge (11.09.2013)

Gutscheinsystem für Folgeantragstellerinnen in Duisburg

In einem Offenen Brief vom 10.09.2013 hat der Flüchtlingsrat NRW sein Entsetzen über die Einführung von Lebensmittelgutscheinen in Duisburg Ausdruck verliehen. Die betroffenen Flüchtlinge würden dadurch entmündigt, zudem sei der Einkauf mit Lebensmittelgutscheinen entwürdigend und stigmatisierend. Bereits seit längerer Zeit erhalten Asylfolgeantragstellerinnen in Duisburg Gutscheine statt Barleistungen.

Der Flüchtlingsrat NRW fordert die Duisburger Stadtverwaltung dazu auf, künftig wieder Barleistungen auszuzahlen und will ein Tauschprojekt initiieren, in dessen Rahmen Unterstützerinnen den betroffenen Flüchtlingen die Gutscheine abkaufen können.

Flüchtlingsrat NRW: Gutscheinsystem für Folgeantragstellerinnen (10.09.2013)

Alpha OWL

Neue Regelungen zum Arbeitsmarktzugang für Familienangehörige und Asylsuchende

Am 05.09.2013 sind das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/95/EU sowie das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von international Schutzberechtigten und ausländischen Arbeitnehmern im Bundesgesetzblatt verkündet worden.

Für den Arbeitsmarktzugang gilt daher seit dem 06.09.2013 der neue § 27 Abs. 5 AufenthG. Dieser besagt, dass alle ausländischen Staatsbürgerinnen mit einem Aufenthaltstitel aus familiären Gründen (Abschnitt 6, §§ 27 bis 36 AufenthG) künftig immer

einen freien Zugang zu jeder Beschäftigung und zu Selbstständigkeit haben - ohne Erlaubnis durch die Ausländerbehörde oder die ZAV. Dies gilt auch dann, wenn der oder die "Stammberechtigte" (noch) keinen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang besitzt. Des Weiteren enthält das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/95/E eine Änderung des § 61 AsylVfG ab dem 06.09.2013, welche das Arbeitsverbot für Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung von zwölf Monaten auf neun Monate verkürzt.

Bundesgesetzblatt: Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/95/EU

Aus aktuellem Anlass

Laienschauspielerinnen für Theaterstück gesucht

Das Mülheimer Theater an der Ruhr sucht für ein Theaterprojekt interessierte Laiendarstellerinnen mit Fluchthintergrund. Das Projekt beginnt am 07.10.2013, geprobt wird montags und donnerstags von 18:00 bis 21:30 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos.

Die deutsche Sprache ist keine Voraussetzung für die Teilnahme. Der Aufenthaltstitel ist irrelevant.

Rückfragen oder Anmeldungen können unter der E-Mail-Adresse ademkoe@t.googlemail.com oder unter der Telefonnummer 0163 2170943 an den

Initiator des Projekts, Adem Köstereli, gerichtet werden.

Aus den Initiativen

Neue Broschüre zur Ausstellung von Save Me Aachen

Die Initiative Save Me aus Aachen, die sich für die Integration und die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen engagiert, hat im September die neue Broschüre „Aachen mit den Augen der Anderen“ veröffentlicht. Das Heft entstand als Begleitbroschüre für die gleichnamige Ausstellung und vermittelt eindrucksvoll in Wort und Bild, wie in Aachen leben-

de Flüchtlinge die Stadt und ihre Menschen erleben und verstehen. Die Ausstellung selbst kann bei Save Me Aachen ausgeliehen werden. Interessierte können sich per E-Mail unter der Adresse [i.heck-boeckler\(at\)amnesty-aachen.de](mailto:i.heck-boeckler(at)amnesty-aachen.de) melden.

Save Me: Aachen mit den Augen der Anderen (PDF, 0,8 MB)

Syrien-Konflikt

Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge steigt weiter an

Die Zahl der Syrerinnen, die aufgrund des andauernden Bürgerkriegs gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, steigt weiter an. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats haben mittlerweile rund zwei Millionen Syrerinnen Zuflucht im Ausland gefunden. Weitere fünf Millionen befänden sich innerhalb des Landes auf der Flucht.

Tagesspiegel: Helfen, bis es nicht mehr geht (01.09.2013)

Erste syrische Flüchtlinge in Hannover angekommen

Am Mittwoch, dem 11.09.2013, sind die ersten von insgesamt 5000 syrischen Flüchtlingen, denen die Bundesrepublik im Rahmen ihres Aufnahmeprogramms die Einreise ermöglicht, in Deutschland angekommen. Der Flieger aus Beirut landete mit 107 syrischen Frauen, Männern und Kindern in Hannover. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich begrüßte die Flüchtlinge und fordert die anderen europäischen Staaten dazu auf, ebenfalls syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Er selbst wollte sich jedoch nicht festlegen, ob auch die Bundesrepublik ihr Aufnahmeprogramm noch einmal erweitert. Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius forderte dagegen, dass auch Deutschland deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen müsse.

Der Westen: Innenminister Friedrich begrüßt die ersten syrischen Flüchtlinge in Hannover (18.09.2013)

Österreich nimmt 500 syrische Flüchtlinge auf

Vizekanzler Michael Spindelegger kündigte Ende August an, Österreich wolle in naher Zukunft 500 syrische Flüchtlinge aufnehmen. Dabei soll es sich überwiegend um Frauen und Kinder handeln. Angehörige der christlichen Minderheit sollen bei der Auswahl bevorzugt berücksichtigt werden.

Kleine Zeitung: Österreich nimmt 500 Syrien-Flüchtlinge auf (29.08.2013)

Schweden gewährt allen syrischen Flüchtlingen Asyl

Die schwedische Regierung hat Anfang September angekündigt, allen syrischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Sie erhalten eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis und dürfen Familienangehörige nachholen. Die Regelung betrifft zunächst die rund 8.000 syrischen Flüchtlinge, die bereits in Schweden leben, soll aber auch für Syrerinnen gelten, die in Zukunft nach Schweden kommen.

TAZ: Asyl statt Assad (04.09.2013)

Europa

Europäischer Gerichtshof soll über Asylrecht für US-Deserteur entscheiden

Mit einem Vorlagebeschluss hat das Verwaltungsgericht München Anfang September den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg um Klärung grundsätzlicher Fragen im Asylverfahren des US-Deserteurs André Shepherd gebeten. Das berichten PRO ASYL und zwei Friedensinitiativen in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 06.09.2013. Zu prüfen sei, so das Gericht, „ab welchem Grad der Verstrickung in militärische Auseinandersetzungen das Flüchtlingsrecht einem Angehörigen der Streitkräfte eine Desertion zugesteht, wegen der er bestraft wird“. Bis zu einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes

hat das Verwaltungsgericht das Asylverfahren ausgesetzt.

„Mit diesem Präzedenzfall erhoffen wir uns vom Europäischen Gerichtshof Klarheit darüber, dass Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren ein deutlich erhöhter Schutz zuteil wird, insbesondere, wenn sie sich gegen die Teilnahme an Kriegsverbrechen entscheiden“, so Marei Pelzer, rechtspolitische Referentin von PRO ASYL.

Shepherd hatte nach einem sechsmonatigen Einsatz als Mechaniker der US-Armee im Irak einen Asylantrag in Deutschland gestellt.

Connection e.V., PRO ASYL und Military Counseling Network e.V.: US-Deserteur vor dem Europäischen Gerichtshof (06.09.2013)

Deutschland

Bayerischer Flüchtlingsrat kritisiert Polizeigewalt

Der Bayerische Flüchtlingsrat hat in einer Pressemitteilung vom 02.09.2013 den Polizeieinsatz gegen die im Freistaat protestierenden Flüchtlinge massiv kritisiert. Bei ihren Protestmärschen, die am 20.08.2013 in Bayreuth und Würzburg begonnen hatten, seien die Aktivistinnen mehrfach von der Polizei aufgehalten, kontrolliert und teilweise zurück in die jeweiligen Lager geschickt worden. Darüber hinaus sei es zum Einsatz massiver Polizeigewalt gekommen, als eine Gruppe bei einer Kontrolle in Freising von Einsatzkräften des USK eingekesselt wurde. Mehrere Aktivistinnen mussten anschließend im Krankenhaus behandelt werden.

Bayerischer Flüchtlingsrat: Protestmärsche erreichen nach massiver Schikane München (02.09.2013)

PRO ASYL fordert Abschaffung von Arbeitsverboten

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ist die Zahl der Empfängerinnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2012 im Vergleich zu Vorjahr um 15 Prozent gestiegen. Angesichts dessen forderte PRO ASYL in einer Pressemitteilung vom 12.09.2013 ein Integrationskonzept, das den Betroffenen endlich den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. „Die Zahl der Leistungsempfänger wäre sehr viel niedriger, wenn es eine aktive Integrationspolitik für Asylsuchende geben würde. Wir fordern, die Arbeitsverbote und die systematische Ausgrenzung von Asylsuchenden zu beenden, um ihnen ein selbständiges Leben zu ermöglichen“, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

PRO ASYL: Zum Anstieg der Asylbewerberleistungen (12.09.2013)

Keine Flüchtlingsaufnahme in Wickede

Anders als noch in der letzten Ausgabe des Schnellinfos berichtet, wird in Wickede-Wimbern nun voraussichtlich doch keine Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge eröffnet werden. Ursprünglich wollte das Land NRW in Wimbern eine dauerhafte Zentrale Unterbringungseinrichtung für neu eintreffende Flüchtlinge eröffnen. Da sich die Kommune Wickede gerichtlich gegen dieses Vorhaben wehrte, sollte das ehemalige Krankenhaus in Wimbern vorerst lediglich als Notunterkunft genutzt werden. Ende August wurde nun bekannt, dass die Bausubstanz des Gebäudes mit Asbest und anderen Schadstoffen belastet sein könnte. Die Renovierungs- und Umbauarbeiten wurden daher vorerst eingestellt.

Der Westen: Nicht traurig über Asbest-Verdacht (30.08.2013)

Notunterkunft in Burbach

Ab Ende September will das Land NRW die ehemalige Siegerlandkaserne in Burbach als Notunterkunft für Flüchtlinge nutzen. Das gab die Bezirksregierung Arnsberg am 17.09.2013 in einer Pressemitteilung bekannt. Sie soll zunächst 150, später dann bis zu 500 Asylsuchenden Platz bieten und temporär für die Dauer von rund vier Monaten genutzt werden. Die Notunterkunft soll die Erstaufnahmeeinrichtungen in Dortmund und Bielefeld entlasten. Weitere Notunterkünfte sind in Aachen und Bad Salzuflen vorgesehen.

Bezirksregierung Arnsberg: Siegerland-Kaserne wird temporär Notunterkunft (17.09.2013)

Sammelabschiebungen im September und November

Die nächsten Sammelabschiebungen aus NRW werden am 24.09. und am 19.11.2013 stattfinden. Das berichtet die nordrhein-westfälische Piratenfraktion in einer Pressemitteilung vom 10.09.2013. Beide Sammelabschiebungen finden am Düsseldorf-

fer Flughafen statt und betreffen serbische Staatsangehörige.

Die Piraten kündigten an, künftig regelmäßig die Termine von bevorstehenden Sammelabschiebungen zu veröffentlichen. „Wenn die Menschen in der Nacht ohne Ankündigung zum Zwecke der Sammelabschiebung abgeholt werden, dann ist das menschenunwürdig. Die Vorgehensweise dient allein dem Zweck, die hässliche Realität deutscher Abschiebepolitik vor der Öffentlichkeit zu verbergen“. Die Landesregierung hatte zuvor in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Piraten-Fraktion vom 05.09.2013 (Drucksache 16/3951) erklärt, die Termine bevorstehender Sammelabschiebungen nicht „proaktiv“ veröffentlichen zu wollen, da sich vollziehbar ausreisepflichtige Personen ansonsten dem Zugriff der Behörden entziehen könnten.

Piratenfraktion: Veröffentlichung Termine Sammelabschiebungen (10.09.2013)

Landesregierung: Aktuelle Termine der Sammelabschiebung in das ehemalige Jugoslawien 2013 (05.09.2013, PDF, 0,1 MB)

Demonstration von "pro Deutschland" in Duisburg-Bergheim

Die rechtspopulistische Partei "pro Deutschland" hat am 29.08.2013 eine Kundgebung vor einem überwiegend von Roma bewohnten Haus im Duisburger Stadtteil Bergheim abgehalten. Etwa 900 Menschen demonstrierten gegen den Auftritt der rund 20 Rechtspopulistinnen. Auf der Gegenveranstaltung traten unter anderem Oberbürgermeister Sören Link und NRW-Innenminister Ralf Jäger als Redner auf.

Rheinische Post: Friedliche Proteste am Problemhaus (30.08.2013)

Mehr Teilhabe für junge Flüchtlinge

Anlässlich des Weltkindertags am 20.09.2013 ruft die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW dazu auf, jungen Flüchtlingen mehr gesellschaftliche Teil-

habe zu ermöglichen. Auch ein Jahr nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sei das Urteil noch nicht durch eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes umgesetzt worden. Die Aktionsgemeinschaft fordert, das Asylbewerberleistungsgesetz gänzlich abzuschaffen und einen verbindlichen Rechtsanspruch von Asylbewerberinnen und ihren Familien auf Leistungen nach den Sozial-

gesetzen (SGB VIII) einzurichten. Zudem müsse sich die Landesregierung verstärkt für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einsetzen und prüfen, ob mehr Flüchtlinge aus den aktuellen Krisenregionen bei uns Aufnahme finden können.

Jungen Flüchtlingen die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen! (20.09.2013, PDF, 0,1 MB)

Rechtsprechung und Erlasse

Bundesverwaltungsgericht zur Manipulation der Fingerkuppen

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 05.09.2013 entschieden, dass ein Asylverfahren wegen Nichtbetreibens eingestellt werden kann, wenn die Antragstellerin durch Manipulation ihrer Fingerkuppen verhindert, dass ihr verwertbare Fingerabdrücke abgenommen werden können. Eine Asylbewerberin sei zwar nicht verpflichtet, positiv die Auswertbarkeit ihrer Fingerabdrücke zu garantieren. Aus der Pflicht, die Abnahme der Fingerabdrücke zu dulden, folge aber auch die Pflicht, jede Manipulation ihrer Fingerkuppen zu unterlassen, die die Auswertbarkeit der Fingerabdrücke beeinträchtigen könnte. Denn nur bei auswertbaren Fingerabdrücken könne geklärt werden, ob der Asylantrag unzulässig ist, weil schon in einem anderen Staat der Europäischen Union um Schutz nachgesucht worden ist.

Bundesverwaltungsgericht: Manipulation der Fingerkuppen kann zur Einstellung des Asylverfahrens führen (05.09.2013)

Landgericht München zu Abschiebehaft bei Zweifeln über Volljährigkeit

Das Landgericht München hat mit seinem Beschluss vom 12.09.2013 (13 T 19291/13) einen Beschluss des Amtsgerichts München aufgehoben, das Abschiebehaft gegen einen pakistanischen Staatsangehörigen verhängt hatte. Der Betroffene hat stets angegeben, 16 Jahre alt zu sein. Nach Ansicht des Landgerichts konnte die Volljährigkeit nicht nachgewiesen werden. Es kam daher zu dem Ergebnis, dass im Zweifel von der Minderjährigkeit des Betroffenen auszugehen sei. Die Abschiebehaft sei deshalb unverhältnismäßig und rechtswidrig.

Zahlen und Statistik

9.502 Asylersanträge im August 2013

Im August 2013 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 9.502 Asylersanträge gestellt. Die Zahl der Asylantragstellerinnen ist im Vergleich zum Vorjahresmonat August 2012 um 4.263 Personen (81 Prozent) gestiegen.

Im Vergleich zum Vormonat Juli 2013 sank die Zahl der Asylantragstellerinnen um 14 Personen (-0,1 Prozent).

822 Personen erhielten im August 2013 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konventi-

on (9,7 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 564 Personen (6,6 Prozent) sogenannten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes).

Bundesministerium des Innern: 9.502 Asylersanträge im August 2013 (06.09.2013)

Materialien

Hinweise für tschetschenische Flüchtlinge
Barbara Gladysch von der Düsseldorfer Initiative „Mütter für den Frieden“ hat im Internet ein Video veröffentlicht, in dem in deutscher und russischer Sprache die Grundzüge des deutschen Asylverfahrens und des Dublin-Systems erläutert werden. Das Video richtet sich insbesondere an Tschetscheninnen, die einen Asylantrag in Deutschland stellen wollen.

Barbara Gladysch: Kein Korridor von Tschetschenien nach Deutschland

„Lesehilfe“ für Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz
Volker Maria Hügel von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender aus Münster

hat eine Arbeitshilfe zu den jüngsten Änderungen im Aufenthaltsgesetz und im Asylverfahrensgesetz veröffentlicht.

Volker Maria Hügel: Lesehilfe AufenthG und AsylVfG

UNHCR zur Sicherheitslage in Afghanistan
Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen hat bereits im August 2013 eine Stellungnahme zu Fragen der potentiellen Rückkehrgefährdung von jungen männlichen afghanischen Staatsangehörigen veröffentlicht. Das 14-seitige Dokument können Sie auf unserer Website herunterladen.

UNHCR: Stellungnahme zu Fragen der potentiellen Rückkehrgefährdung von jungen männlichen afghanischen Staatsangehörigen (PDF, 0,2 MB)

Termine

26.09.2013: Vortrag "Roma und Rassismus". 19 Uhr in den Räumlichkeiten des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Straße 201, 44803 Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.fnrnw.de

27.09.2013: Flüchtlingspolitische Workshops, Internationale Speisen, Musik-/Wortkunst, Ausstellung immisio-Truck uvm. werden in Haltern am See unter dem Motto „Zu Hause im Vest“ angeboten. 14.00 – 17.00 Uhr, auf dem Gelände der Flüchtlingsunterkunft, Am Lorenkamp, in 45721 Haltern am See.

30.09., 25.11 und 02.12 2013: Die Volkshochschule Duisburg bietet drei Vorträge zum Thema "Roma" an. Jeweils 20.00 Uhr, VHS, Königstraße 47, Stadtmitte, 5 € Eintritt an der Abendkasse.

10.10.2013: Gründungstreffen der AG „Familiennachzug Syrien“, Bochum (genauer Ort wird noch bekannt gegeben).
Anmeldung bis zum 30.09.2013 per E-Mail unter: info@fnrnw.de oder telefonisch unter 0234-58731560
Weitere Informationen finden Sie unter www.fnrnw.de

16.10.2013: Seminare zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit im Flüchtlings- und Menschenrechtsbereich“. Zwei inhaltsgleiche Workshops finden von 14.00 Uhr und von 17.00 Uhr im Kulturzentrum Bahnhof-Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum statt.
Anmeldung für Restplätze unter der E-Mail-Adresse [initiativen\(at\)fnrnw.de](mailto:initiativen(at)fnrnw.de)

18.10.2013: In der Nacht der offenen Kirchen in Oberhausen findet unter dem Motto „Kirche unbequem – für Menschen, die nicht weggucken“ eine Veranstaltung zum Thema „Schmerzhaftes Einblicke in die Lebenssituation von Roma aus Serbien statt. 19.00-24.00 Uhr, Evangelische Markuskirche, Dietrich-Bonhoeffer-Straße, Oberhausen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kirchennacht-oberhausen.de/unbequem/

19. und 20.10.2013 Antirassismusworkshop: 09.30 Uhr - vsl. 16.30 Uhr und

16. und 17.11.2013 Empowermentworkshop (für von Rassismus betroffene Personen): 09:30 Uhr - vsl. 16:30 Uhr, beides in den Räumlichkeiten des Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Str. 201, 44803 Bochum.

Anmeldung per E-Mail unter der Adresse netzwerke@frrnw.de

Weitere Informationen finden Sie unter www.frrnw.de

09.11.2013: Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW. 11.00 Uhr, Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Wittener Straße 201, 44803 Bochum.

Weitere Informationen finden Sie unter www.frrnw.de

09.11.2013: Treffen der Arbeitsgruppe unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 16.00 Uhr, Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Straße 201, Bochum.

Weitere Informationen finden Sie unter www.frrnw.de